Welche Bedeutung hatten und haben vermögenswirksame Leistungen des Staates?

Der Gedanke, die private Initiative zur Vorsorge und zur sozialen Sicherheit staatlich zu fördern, geht auf das „Preußische Einkommensteuergesetz“ aus dem Jahre 1891 zurück. Im Jahre 1934 wurde dann erstmals ein Gesetz zur staatlichen Förderung von Bausparen aufgelegt. Dieses wurde zunehmend um Förderungen der breiten Vermögensbildung erweitert.

Das Geldvermögen ist seither immer weiter gewachsen und hat sich breiter auf viele verschiedene Geldanlageformen verteilt.

Ein Ziel dieser Art der staatlichen Förderung ist auch weiterhin wichtig: die Verteilung des so genannten Produktivvermögens. Einfach ausgedrückt handelt es sich um die Frage, wem die Aktien einer Aktiengesellschaft gehören. In der Regel sind dies Unternehmen, Fondsgesellschaften, Versicherungsunternehmen, Banken, der Staat, ausländische Aktionäre. Vor allem soll aus Sicht des Staates eine zunehmende Beteiligung durch Privatpersonen erreicht werden.

Bis ca. 2003 ist dies auch gut gelungen (Anteil der Privataktionäre am Grundkapital deutscher börsennotierter Konzerne). Seit 2004 sind die Anteile privater Anleger nach aktuellen Schätzungen jedoch rückläufig. Nach wie vor gilt: je kleiner ein Unternehmen, umso höher ist in der Regel der Anteil der Privatanleger und somit deren Bedeutung (bis zu ca. 25% am Grundkapital). Das Deutsche Aktien Institut (DAI) befasst sich regelmäßig mit dem Anlegerverhalten und nennt hier als Gründe die eher konservative Mentalität der Deutschen, die schlechte finanzielle Allgemeinbildung und auch die Einführung der Abgeltungsteuer.

Die beiden Vermögensaufbauformen Produktivvermögen und Bausparen sorgen auch für eine langfristige Verbesserung der privaten Altersvorsorge: mit den Erträgen aus den Beteiligungen am Produktivvermögen kann die Rente aufge bessert werden und mit dem Bausparen und Erwerb einer eigenen Immobilie wird im Alter mietfreies Wohnen ermöglicht.